

„Und der Herrgott, Herr Bundespräsident?“

Die Rolle Gottes in den Reden der schweizerischen Bundesräte.

Vortrag am 26.1.2007 in Liestal an der Jahresversammlung der Schweizerischen Vereinigung für Evangelisches Kirchenrecht [Vortragsmanuskript]

Prof. Dr. Andreas Kley, Universität Zürich

Inhalt

1. „Und Gott, der unsere Väter sichtbar gesegnet hat, stehe auch uns bei!“	1
2. Thema der Zivilreligion	3
3. Aufrufe und Reden bei grossen Unglücken: Zivilreligiöses Sakrifizium	4
4. Religiöse Elemente der bundespräsidialen Neujahrsansprachen	6
5. Und der Herrgott, Herr Bundespräsident?.....	9
6. Zivilreligion in den Reden der Bundesräte – Ausblick	11
Dokumentation	15

1. „Und Gott, der unsere Väter sichtbar gesegnet hat, stehe auch uns bei!“

Bevor Bundespräsident Wetter seine Neujahrsansprache vom 1. Januar 1941 mit diesen Satz schloss, sprach er:

„So treten wir ins neue Jahr ein: ernst, gefasst, mutig und opferbereit als ein einiges Volk. Und eine grosse Hoffnung soll uns begleiten, die Hoffnung, ein gütiges Geschick möge uns recht bald die Erfüllung des Engelrufes bringen: ‚Friede auf Erden, an den Menschen ein Wohlgefallen. Zum Wohl aller Völker, zum Segen der Menschheit!‘“

Hervorzuheben an diesem Auszug ist die Erwähnung von Gott, das Bittgebet um Frieden in Verbindung mit dem Engelsruf aus der Weihnachtsbotschaft (Lk 2,14) und die Erwähnung der politischen Gemeinschaft in Form des „opferbereiten“, „einigen Volkes“. In vier Sätzen einer politischen Rede finden sich zahlreiche Elemente einer gottesdienstlichen Predigt. Liegt das nur am damaligen Zeithorizont?

Es ist aufschlussreich, einige weitere Reden jener schwierigen Zeit zu hören. Bundespräsident Minger hatte die allererste Neujahrsansprache eines Bundespräsidenten am 1. Januar 1935, um 00.10 Uhr gehalten. Sie hören das Original:

„Schweizervolk, ich grüße dich! Dieser Gruß gilt besonders auch unsern Landsleuten in der Fremde, mit denen wir uns in dieser Stunde eng verbunden fühlen.

Was wird in diesem neuen Jahre den Völkern dieser Erde, was wird Europa, was unserer kleinen Schweiz beschieden sein?

Wie Flammenschrift erscheint diese Frage heute vor unsern Augen. An Symptomen aller Art fehlt es wahrlich nicht, die geeignet sind, uns den Ausblick in die Zukunft zu verdüstem. Wie ein Alpdruck lastet die Not der Zeit auch auf unserem Schweizervolke.

Daß wir im Jahre 1935 große wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten zu überwinden haben, darüber muß heute in unserem Volk Klarheit herrschen. Aber gerade aus diesem Bewußtsein heraus müssen sich jene Kräfte entwickeln, die aus uns ein starkes Geschlecht werden lassen. Für Wehleidigkeit, Verwöhnung und Verweichlichung ist einstweilen kein Platz mehr. Jetzt müssen wir wieder ein Volk wahrer Eidgenossen werden, durchglüht vom Geist der Solidarität und Opferwilligkeit, bereit, Hand zu bieten zu einer gerechten Verteilung der Krisenlasten. Wenn wir alle einander tragen helfen, dann sind wir auf allen Gebieten unbesiegbar. Tun

wir das nicht und lassen wir es zu, daß einzelne wichtige Wirtschaftsgruppen zusammenbrechen, dann rutschen wir schließlich alle ins Elend hinein.

Eine Hauptsorge ist unsere Landessicherheit. Unserem Lande wollen wir den Frieden erhalten, auch dann, wenn wieder ein Weltkrieg ausbrechen sollte. Ich bin fest davon überzeugt, daß uns dies gelingen wird, wenn wir der Armee gegenüber unsere Pflicht erfüllen. Zu dieser Pflichterfüllung gehört die Annahme der neuen Wehrvorlage. Schweizer Bürger, denke daran, wenn du am 23. oder 24. Februar zur Urne schreitest.

In Zeiten großer Gefahren hat sich unser Schweizervolk noch immer zusammengefunden. Dieser Zusammenschluß wird auch jetzt wiederum kommen müssen.

Die heutige Wirtschaftslage unseres Landes möchte ich mit folgendem Bilde vergleichen: Das Schweizervolk wandert auf steinigem Pfade mühsam bergan, eingehüllt in eine dichte Nebelschicht. Wir wissen bestimmt, daß über diesem Nebelmeer eine strahlende Sonne leuchtet. Ihr marschieren wir entgegen. Unser Volk darf auf dieser Wanderung den Mut, die Geduld und den sichern Pfad nicht verlieren und muß Vertrauen haben in die Führung. Dann wird, auch wenn der Marsch lange dauert, einmal der Augenblick kommen, wo wie in Noahs Arche, die Taube mit dem Ölzweig erscheint als Vorbote einer Sonnenlandschaft. Was wir im neuen Jahr brauchen, ist Marschdisziplin, damit wir um so eher den sonnigen Ausblick erreichen.

Deshalb wollen wir erhobenen Hauptes, bereit, alle Strapazen zu ertragen, voll Hoffnung und Vertrauen den Marsch ins neue Jahr antreten, und gläubig wollen wir uns des Wortes erinnern:

Der Wolken, Luft und Winden

Gibt Wege, Lauf und Bahn,

Der wird auch Wege finden,

Da dein Fuß gehen kann.

In dieser frohen Zuversicht entbiete ich Euch, verehrte Schweizerinnen und Schweizer in der Heimat und in fremden Landen, die herzlichsten Glückwünsche zum neuen Jahr.“

In dieser Rede fällt erneut die Erwähnung religiöser Begriffe, wie „Opferwilligkeit“, „gläubig“, die Zitierung des Kirchenliedes von Paul Gerhardt und das Bild der Arche Noah auf. Minger scheint der These zu folgen, dass die wirtschaftliche Not zusammen mit dieser religiös-politischen Redeweise das Volk einem geschlossenen Willen zuführt. Und dieses Volk ist natürlich viel leichter zu führen. Es liegt die Vermutung nahe, dass die bundesrätlichen Äusserungen religiöser Worte nichts anderes sind als ein Ausdruck der Not. Diese These lässt sich leicht überprüfen, wenn feierliche bundesrätliche Äusserungen etwa fünfzig Jahre später herangezogen werden.

Am 1. August 1996 schloss Bundespräsident Delamuraz seine Rede: „Überall und immer soll somit der Grundsatz gelten: Handeln statt klagen! Auf dass Gott uns schütze“. Bundespräsident Schmid wünschte am Schluss seiner Neujahrsansprache 2005 den Zuhörern „Mut, Zuversicht, Gesundheit, Glück und Gottes Segen“. Damit ist die These widerlegt, die Anrufung Gottes in den bundesrätlichen Verlautbarungen sei nur die Folge einer extremen Bedrohung und des Zweiten Weltkrieges gewesen. Vielmehr scheint Gott ein Begleiter in den politischen Reden zu sein. Diese Aussage wird durch Ansprachen des 19. Jahrhunderts aus der Zeit der Gründung des Bundesstaates unterstrichen. Auch hier kommt Gott vor.

Gott in den politischen Reden der Bundesräte? – Warum haben die Bundesräte in der Zeitspanne von mehr als 150 Jahren Gott in ihren Reden erwähnt, was bedeutet „Gott“ in diesem politischen Zusammenhang, und was wollten sie damit deutlich machen? Die Antwort auf diese Fragen führt direkt zu einem wesentlichen Teil der schweizerischen Zivilreligion.

Das Phänomen der Anrufung Gottes in den Reden der Bundesräte ist auf den ersten Blick erstaunlich, weil die religiöse Neutralität des Staates als Verfassungsgebot behauptet wird. Freilich fällt auf, dass Gott praktisch ausschliesslich in einer einzigen Sorte von amtlichen Dokumenten erwähnt wird, nämlich in den feierlichen Reden aus besonderer Gelegenheit bei

nationalen Festen und Gedenktagen. Dagegen wird Gott in den gewöhnlichen Botschaften und Berichten des Bundesrates an die Bundesversammlung nicht angesprochen.

2. Thema der Zivilreligion

Der Begriff „Zivilreligion“ wurde 1967 vom amerikanischen Soziologen Robert N. Bellah in Umlauf gesetzt. Bellah verstand darunter ein Gefüge von Glaubensaussagen, Symbolen und Ritualen, das unabhängig von den Kirchen in der politischen Kultur eines Staates benutzt wird. [Die Phänomene der Zivilreligion sind reichhaltig, dazu gehört etwa die Verwendung des religiösen Vokabulars in Verfassungs- und Gesetzestexten (z.B. die invocatio dei in der Präambel der Bundesverfassung), die Verwendung von Bibelzitate in Reden oder die Gestaltung von staatlichen Feiern nach dem Vorbild kirchlicher Liturgien.]

Ein bedeutender Vordenker der Zivilreligion war Alexis de Tocqueville. Nach seiner Auffassung ist es für das Gemeinwesen wichtig, dass sich die Bürger überhaupt zu einer Religion bekennen; denn Religion bestimmt nicht nur die Sitten, sie herrscht auch über das geistige Leben der Menschen. Er begründete die besondere Wichtigkeit von Glaubensüberzeugungen in der Republik wie folgt:

„Der Despotismus kommt ohne Glauben aus, die Freiheit nicht. (...) Wie könnte die Gesellschaft dem Untergang entrinnen, wenn sich das sittliche Band nicht festigt, derweil das politische sich lockert? Und was soll man tun mit einem Volk, das als Herr seiner selbst nicht Gott untertan ist?“

Die Religion ist eine anthropologische Notwendigkeit. Der Mensch bekundet nach Tocqueville einen Widerwillen gegen das Dasein und gleichzeitig ein unermessliches Verlangen, dazusein. Die gegenteiligen Triebe führten zur Betrachtung einer anderen Welt, und die Religion führe den Menschen dorthin. Die Religion sei nichts anderes als eine besondere Form der Hoffnung selbst, und daraus schöpften die Menschen eine nie versagende Kraft.

Tocqueville beantwortet die Frage zum Verhältnis von Religion und Staat angesichts des Jesuszitats im Verhör vor Pilatus „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“ (Joh. 18,36) wie folgt: Solange die Religion ihre Herrschaft nur auf das Unsterblichkeitsverlangen gründe, könne sie mit Allgemeingeltung rechnen. Denn das bewege die Herzen aller Menschen. Sobald sich aber die Religion mit einer Regierung verbünde, müsse sie Grundsätze übernehmen, die nur auf gewisse Völker anwendbar seien. Dann vermehrte sie „ihre Macht über einige und verliert die Hoffnung, über alle zu herrschen“. Der mit der Regierung verbündeten Kirche würde es zum Verhängnis werden.

Welche Rolle soll die Religion in der Demokratie spielen? – In der Demokratie ist eine geistige Welt notwendig, die die demokratische Herrschaft der Gleichen stabilisiert. Die echte Religion ist in ihrem eigentlichen jenseitsorientierten Sinne dem ganzen Staat nützlich; sie gibt der Demokratie eine sittliche Grundlage. Der Staat kann versuchen, die Menschen zu erziehen, freilich sind Religion und Kirche die wahre Schule republikanischer Tugend. Die Gefahr für die Demokratie besteht darin, dass die Menschen im Bemühen, den wirtschaftlichen Fortschritt voranzutreiben, die religiösen Fähigkeiten verkümmern lassen. Dann bringt der einseitige Materialismus die Menschen nach Tocqueville aus dem Gleichgewicht:

„Die Demokratie begünstigt den Hang zu materiellen Genüssen. Wird dieser Hang masslos, so beginnen die Menschen unter seinem Einfluss bald zu glauben, es sei alles nur Stoff; und seinerseits reisst der Materialismus sie mit einer sinnlosen Leidenschaft vollends denselben Genüssen zu. Das ist der unheilvolle Kreislauf, dem die demokratischen Völker zugetrieben werden. Es ist gut, dass sie die Gefahren erkennen und sich beherrschen.“

Die Religion ist zur Selbsterhaltung der demokratischen Staatsform notwendig. Es geht aber gerade nicht um die inhaltlichen Werte, welche die Kirchen im Wettbewerb mit Parteien und Gruppierungen vertreten, sondern darum, dass die Menschen an das vom Christentum geprägte Gewissen gewöhnt werden und diesem freiwillig und aus innerem Antrieb gehorchen.

Es besteht ein riesiger Quellenkorpus in Form der politischen Reden. Aus der Fülle des Materials möchte ich zwei Gruppen von Reden herausgreifen, nämlich:

- Reden und Aufrufe anlässlich von grossen Unglücken sowie
- die Neujahrsansprachen der Bundespräsidenten.

3. Aufrufe und Reden bei grossen Unglücken: Zivilreligiöses Sakrifizium

Aus den zahlreichen Unglücken des 19. und 20. Jahrhunderts wähle ich beispielhaft zwei heraus, nämlich das grosse Eisenbahnunglück von Münchenstein 1891 sowie die Grippeepidemie von 1918.

Eisenbahnunglück von Münchenstein 1891

An der Trauerfeier für die Verunglückten der Eisenbahnkatastrophe von Münchenstein sprach kein Politiker und auch kein Bundesrat, sondern der „Obersthelfer“ des Basler Münsters, Zwingli Wirth predigte. Zunächst betonte Zwingli Wirth, dass es nichts Festes und Sicheres auf Erden gebe, „und am wenigstens sind es die Werke der Menschen“. Das ist wörtlich zu nehmen, denn in Münchenstein brach die von der Firma Eiffel aus Paris erbaute eiserne Eisenbahnbrücke zusammen, als der Zug die Birs überquerte. 71 Menschen starben und 171 wurden verletzt. Es handelte sich um eines der schwersten Eisenbahnunglücke im 19. Jahrhundert und erschütterte das Vertrauen auf die vom Menschen erstellten Werke, wie Zwingli Wirth erwähnte:

„Wir rühmen uns der Fortschritte des menschlichen Geistes, und bei der ersten besten Gelegenheit wird all' unsere Kunst und Weisheit jämmerlich zu Schanden. (...) Es steht Alles auf gläsernen Füßen, es hängt Alles an einem dünnen Faden“.

Der einzige feste Ort ist für den Prediger nach Jes. 54,10 Gott: „Ob Berge weichen und Hügel fallen, so soll doch meine Gnade nicht von dir weichen und der Bund meines Friedens nicht hinfallen!“ So lautet das immer wieder ausgesprochene Motiv der Predigt. Zwingli Wirth geht auf die Angehörigen der Opfer ein, die den wirklichen Trost nicht von Menschen, sondern von Gott allein empfangen dürften. Das Unglück stimme auch den Leichtsinnigen ernst. Die Menschen sollten den „Halt und (...) Anker nicht in dem (...) finden, was von heute auf morgen (den) Händen entsinken kann, sondern in dem, was ewiglich bleibt“. Wenn es die Folge dieser „Schreckens- und Trauertage“ sei,

„dass wir wieder sorgfältig und gewissenhafter werden in der Erfüllung unserer Pflichten und treuer und eifriger in der Sorge für ‚das Eine, was noth thut‘, dass wir in dem Bewusstsein der Solidarität mit allen unsern Brüdern und in der Gemeinschaft mit unserm Gott auf's Neue befestigt und gestärkt werden: dann wird auch aus dieser furchtbar schweren Heimsuchung eine Frucht des Heils und Segens für uns reifen.“

Der Prediger sieht das Unglück als Opfergang, den Pflichtvergessenheit und menschliche Schwäche herausgefordert haben und der am Ende das „Heil“ und den „Segen Gottes“ herbeiführt. Die Predigt schliesst mit einem Lied zu Jes. 54,10.

Eine zivilreligiöse Deutung des Eisenbahnunglücks von Münchenstein nimmt am 26. August 1891 Gerichtspräsident Albert Huber in seiner Rede zur St. Jakobsfeier von 1891 vor. Nach der patriotischen Umschreibung der am 26. August 1444 an der Birs gefallen Eidgenossen wendet sich Huber dem grossen Eisenbahnunglück zu:

„[Auch Andere noch, die an der Birs das Leben lassen mussten, sind für uns gestorben. Wenn wir unsere Zeit so recht selbstbewusst und besonders hervorragend benennen wollen, so bezeichnen wir sie mit Vorliebe als das Zeitalter der Eisenbahnen.] Am 14. Juni 1891 bedurfte es bei Mönchenstein an der Birs nur eines Augenblickes, um das heutige Menschengeschlecht von der Höhe dieser Selbstüberschätzung jählings herniederzuschmettern. Und von Tag zu Tag müssen wir (...) einsehen, wie alles Menschenwerk nur geringes Stückwerk ist (...). Blind ist die Menschheit für ihre Fehler, und es bedarf jeweilen ernster Mahnung der Vorsehung, um ihr die Augen gewaltsam zu öffnen und sie zu zwingen für die Zukunft besser zu sorgen. Diejenigen, welche bei solchen Schicksalsschlägen ihr Leben lassen müssen, opfern sich unbewusst zum Heile ihrer Mit- und Nachwelt“.

Huber erklärt den Tod der 71 Eisenbahnreisenden zu einem „Sakrifizium“ für die Mit- und Nachwelt. Der menschliche Fehler der Selbstüberschätzung verlangt dieses rituelle Opfer. Es wird aber nicht einem Gott erbracht, der dadurch zufriedengestellt wird, sondern den Menschen der Mit- und Nachwelt, denen „die Augen gewaltsam zu öffnen sind“. Es handelt sich um eine zivilreligiöse Umdeutung des rituellen Opfers, die den Raum des Christentums verlassen hat und in den Raum der politischen Gemeinschaft übertragen wird.

Grippetod in der Schweizer Armee 1918

Bundespräsident Motta hielt am 19. September 1920, dem eidgenössischen Dank-, Buss- und Betttag in Bellinzona, eine Ansprache, selbstverständlich in italienischer Sprache „Per i militi ticinesi morti al servizio della patria durante la mobilitazione“, wobei die offizielle Übersetzung unvollständig ist: „Zu Ehren der im Dienste des Vaterlandes verstorbenen Soldaten“. Denn die Ansprache galt nur den verstorbenen Tessiner Soldaten. Die italienische Originalfassung ist deshalb bedeutsam, weil die im Deutschen nicht erkennbare Differenzierung von Opfer als Sakrifizium („sacrificio“, Opferritual) und den verstorbenen Soldaten als „Geopfertenen“ („vittimi“) sichtbar ist.

Motta erwähnt, dass die Schweizer Soldaten nicht den Zustand fieberhaften Heldenmutes erlebten, und sie starben nicht im Schützengraben, sondern in Kantonementen und Spitälern:

„E forse non furono accompagnati, nel transito dalla vita alla morte, dalla convinzione consolatrice che il sacrificio della loro esistenza fosse necessario. Eppure questo olocausto si commetteva ad una necessita superiore. L'idea della neutralità del nostro Stato oveva, essa pure, venir consacrata dal martirio delle sue vittime“.

(„Vielleicht war ihnen auf dem Todesweg sogar die tröstliche Überzeugung versagt, dass das Opfer ihres Lebens ein notwendiges gewesen war. Und dennoch entsprang dieses Opfer einer höhern Notwendigkeit. Auch der Gedanke der immerwährenden Neutralität unseres Staatswesens musste mit dem Opfer seiner Söhne besiegelt werden.“)

Den verstorbenen Soldaten fehlte nach Motta die „convinzione consolatrice“ einer vaterländischen Zivilreligion. Der Bundespräsident verstand sich als Verkünder einer solch weltlichen Religion, die ihre Elemente der Bibel, dem Christentum und dem Katholizismus entlieh. Motta unterschied genau zwischen „vittimo“ und „sacrificio“. Der Einsatzwille der Bürger soll durch diesen gesprochenen Trost gestärkt werden. Bei Mottas Zivilreligion übernimmt die Eidgenossenschaft die Rolle Gottes. Gott verliert auf der Erde – im Kampfgetümmel – die Position, und an seine Stelle tritt der Staat als „Gott“. Der christliche Gott wird freilich nicht abgeschafft, sondern in den Himmel entrückt. Motta rät den Soldatenwitwen, die Seelen zu Gott zu erheben, die Dankbarkeit der Republik umfasse sie. Das Leben sei ein flüchtiger Schatten,

„solo contano le virtù e le opere; la sorte più degna è quella di ricongiungersi alla luce perpetua dopo aver servito la Patria!“

(„Das schönste Los aber ist, mit Gott vereint zu werden, nachdem das Leben dem Vaterland geweiht war“.)

Motta spannt am Ende seiner Bettagsrede den Bogen zu seiner Zivilreligion noch einmal. Er führt zumindest theoretisch die Zivilreligion der höchsten Vollendung zu, indem der Staat zum höchsten irdischen Gut erklärt wird. Das wird in der Folge von weiteren Bundesräten und bis in die jüngere Vergangenheit aufgenommen werden.

4. Religiöse Elemente der bundespräsidialen Neujahrsansprachen

Sinn und Anfang der Neujahrsansprachen

Die erste Neujahrsansprache von 1935 haben Sie bereits gehört. Diese Ansprachen wurden erst in einer Zeit noch grösserer Gefahr zu einer festen Einrichtung, nämlich beim Jahreswechsel von 1940 zu 1941. Dabei haben der bisherige Bundespräsident Pilet und der neue Bundespräsident Wetter am 31. Dezember 1940 je eine Rede gehalten. Seit 1941 besteht eine lückenlose Reihe von Neujahrsansprachen.

Die Feier des Neujahrs bezweckt die Rhythmisierung der Zeit. Diese macht den periodischen Ablauf der Zeit mit Jahresende und Jahresanfang (die für Ende und Neubeginn stehen) in einem Ritual erfahrbar. Etwas Bestehendes und Erfahrenes, nämlich das alte Jahr, wird aufgelöst und zugleich wird wieder ein Jahr eröffnet. Auf diese Weise wird der Übergang zu Neuem erleichtert.

An der Jahreswende 1940/1941 hatten der alte (Pilet) und der neue Bundespräsident (Wetter) nacheinander gesprochen und den Jahresübergang begleitet. Die beiden Reden belegen den Charakter einer jeden Neujahrsfeier: Die Ungewissheit der Zukunft soll durch eine Feier bewältigt und leichter ertragbar gemacht werden. [Die emotionale Rede von Bundespräsident Pilet ist ein Zeugnis für den öffentlich bekundeten Gottesglauben:

„Mein erster Gedanke bei der Jahreswende ist ein Gedanke der Dankbarkeit; eine Danksagung demütig, persönlich und national: Als ich im letzten Januar zum zweitenmal die Bundespräsidentschaft übernahm, tat ich es weder leichten Herzens noch unbekümmerten Gemütes. Die Zukunft, die unser wartete, war mir wohl bewusst. Sie erschien voller Drohungen und Gefahren. Der Krieg war wieder über das zerrissene Europa hereingebrochen. Würde er unsere Heimat verschonen? Mein heissester und tiefster, mein heftigster und innerster Wunsch war, sie davor zu bewahren, sie bis zum Ende unangetastet, unabhängig und frei zu erhalten. Gott in seiner grossen Güte hat mich erhören wollen.“]

Pilet beschreibt in seiner blumigen, emotionalen Sprache das Übergangsritual am Schluss seiner Rede:

„1940 ist nicht mehr. Es ist in die Dämmerung zurückgefallen, deren dunkle Nebel es nicht aufzulösen vermochte.

1941 steigt am schwarzen Horizont empor. Wird es uns das Licht wiedergeben? Gott allein weiss es. Lasst uns hoffen. Seien wir einig und stark, um im Missgeschicke zu kämpfen, wenn es nötig ist, und Herren unserer Gefühle zu sein, wenn es uns vergönnt ist, uns zu freuen.

Mit Erleichterung lege ich das höchste Amt nieder. Mit Zuversicht, entsprungen der Achtung und Freundschaft, sehe ich den neuen Präsidenten es übernehmen.

Möge Gottes Schutz auf ihm und dem ganzen Lande ruhen.

Et nunc dimitti servum tuum, Domine!“

Die Rede endet mit einem Bittgebet und mit dem Lobpreis des Simeon aus dem Lukas-Evangelium 2,29. Die Verwendung dieses Zitates wirft Fragen auf, etwa: Sieht sich Pilet als ein Simeon, der das Heil gesehen hat? Das wäre wohl eine abwegige Interpretation. Pilet geht es in seiner ganzen Rede um den Ausdruck von Übergang und Veränderung. Das ist ein Aspekt der den Nachgeborenen merkwürdig entgegenkommt und der seine Rede vom 25. Juni 1940 berühmt-berüchtigt machte: Anpassung steht im Raum.

Die Neujahresrede des ihm nachfolgenden Bundespräsident Wetter nimmt den dargereichten Amtsstab entgegen. Die weltliche Rede erhält in den Schlusssätzen eine zivilreligiöse Wendung:

„(...) Und eine grosse Hoffnung soll uns begleiten, die Hoffnung, ein gütiges Geschick möge uns recht bald die Erfüllung des Engelrufes bringen: ‚Friede auf Erden, an den Menschen ein Wohlgefallen.‘ Zum Wohl aller Völker, zum Segen der Menschheit!

Und Gott, der unsere Väter sichtbar gesegnet hat, stehe auch uns bei!“

Wetter ruft nach den Einigungsaufrufen an das Volk direkt Gott an und zitiert dabei den Ruf des Engels in der Weihnachtsbotschaft von Lk 2,14. Angesichts seines Vorredners und der Umstände konnte Wetter von Gott nicht absehen. Eine grosse Gefahr verlangt nach einer grossen Gegenmacht.

Die Neujahrsansprachen der Kriegsjahre heben fast stets die bedeutende Rolle von Gott hervor. Bundesrat Etter dankt am 1.1.1942 dem Herrgott für die Bewahrung vor der Prüfung, und er stellte das Land unter den Schutz des Allmächtigen und des Landesvaters Bruder Klaus. Die Erwähnung des letzteren löste einen konfessionellen Protest des Evangelischen Pressedienstes aus. Am Neujahr 1943 dankte Bundespräsident Celio Gott für den bisherigen Beistand und bekannte:

„Ich erinnere mich wirklich nicht, dass die Eidgenossenschaft je so einig und geschlossen war wie heute. Die Stimmen der Rassen, der Sprachen und der Konfessionen haben sich zu einem einzigen Klang aufgelöst, der wie eine Hymne ertönt, kraftvoll wie ein Schwur, zart wie ein Gebet.“

Bundespräsident Stampfli betonte 1944 die Dankbarkeit gegenüber der göttlichen Vorsehung und rief alle Menschen, die guten Willens sind, zur Mitarbeit auf. 1945 hob Bundespräsident von Steiger, noch während des Krieges, hervor:

„Von diesem Dank erfüllt, stellen wir fest: wieder durften wir unter göttlicher Obhut ein Jahr, vom Kriege verschont, in Frieden und Freiheit zubringen.“

Gottesbild

In den älteren Reden erscheint Gott als ein allmächtiger Vater, an den Bitten gerichtet werden können und bei dem man sich für erfüllte Bitten bedankt. Gott ist der „Herrgott“, der „Allmächtige“, der „Höchste“, er hat die letzte Verantwortung, er handelt, lässt zu, verhindert, richtet. Diese Anrufungen Gottes entstammen Vorstellungen paternalistischer Religiosität. Für die Bundesräte der letzten Kriegszeit ist Gott der Allmächtige mit Handlungsvollmacht, der die Schweiz wirksam beschützt. Das Verhältnis dieses Gottes zum Bundesrat und zum Schweizer Volk ist gemäss den Reden ein Vater-Kind-Verhältnis.

Heute gibt es andere Gottesbilder, wie den fragenden Gott, den zärtlichen Gott, den liebenden Gott, den phantasievollen Gott, den diskutierenden Gott oder den beharrlich schweigenden Gott. Diese anderen Gottesbilder können in den aktuellen Reden der Politiker nicht erscheinen, denn in der Zivilreligion muss der angerufene Gott zu Strenge und zu Paternalismus neigen. Die Zivilreligion sucht das zu erreichen, was die politische Macht in der Demokratie nicht fertigbringt: Sie will den Eigennutz und den Egoismus der Bürger begrenzen und sie auf das Gemeinwohl hin orientieren. Dieses Ziel unterstützt nur ein gestrenger Gott.

Der wichtigste Bestand Gottes in den Neujahrsansprachen ergibt sich aus dem präsidentialen Segenswunsch. Der Segen findet sich sowohl im Alten wie im Neuen Testament und ist die Bitte um die Zuwendung Gottes. Der Segen soll die Gegenwart, die Nähe oder die Aufmerksamkeit Gottes herbeiführen, der den so Gesegneten Schutz, Heilung, Frieden oder Stärke schenkt. Ein Segenswunsch ohne Gott ist undenkbar, denn er wurzelt direkt in der Bibel (vgl. z.B. Num 6, 22–27). Das haben auch die Bundespräsidenten so gesehen, bis in die Gegenwart wird gegebenenfalls nur der „Segen Gottes“ (2005, 2004, 2002, 2000, 1998, 1997, 1990, 1985, 1984, 1981, 1979, 1977, 1973, 1971, 1969, 1965) und nicht etwa ein demokratischer Segen erteilt. Gott hat sich in den Neujahrsansprachen deshalb gerade beim Segenswunsch erhalten. [Fehlt einmal bei einem präsidentialen Segenswunsch die Erwähnung von Gott, da ist Gott in den Reden andernorts ausdrücklich angesprochen. In diesen Reden wird also der Segen nach Kontext stets als ein Segen Gottes gegeben.]

Dank

Während des 2. Weltkrieges haben alle Bundespräsidenten Gott *selbst* für die Bewahrung vor dem Krieg gedankt; sie sind der christlichen Dankespraxis gefolgt. Typisch für eine religiöse Vollform des Dankens sind die Formulierungen der Bundespräsidenten Etter und Celio 1942 und 1943: Beide danken dem „Herrgott“ für die ersparte Prüfung bzw. den erwiesenen Beistand im Krieg. Auch in den andern Kriegsjahren richtet sich der Dank an Gott.

Nach 1945 hat sich eine andere Dankesauffassung durchgesetzt: Der Bundespräsident dankt dem Volk oder auch bestimmten Gruppen von Menschen. In der Mensch-Mensch-Beziehung hat der Dank die Aufgabe, die Gemeinschaft zusammenzuhalten. Das ist etwa 1946 deshalb nötig, weil der äussere Druck weg ist und Konflikte ausgetragen werden, die sich während des Krieges nicht äussern konnten. Bundespräsident Kobelt brach am 1.1.1946 mit der Tradition der bittenden Neujahrsansprachen und sprach seinen weltlichen Dank aus:

„Ihr habt widerstanden. (...) Es drängt mich, allen Schweizern und Schweizerinnen für ihre vaterländische Haltung, für den unerschütterlichen Durchhaltewillen, für ihre Opferbereitschaft und für alles, was sie für ihr Land und Volk getan und getragen haben, herzlich zu danken.“

Nachdem Krieg wird nur noch 1961 und 1971 (Bundespräsidenten Wahlen und Gnägi) Gott gedankt.

Im demokratischen Zeitalter ist nicht Gott, sondern einem viel breiteren Personenkreis zu danken, etwa:

- dem Volk, das für das notleidende Ausland spendet (1947, Bundespräsidenten Etter und 2005 Schmid),
- den Kranken, die eine gute seelische Kraft ausströmen (1953, Etter),
- den Auslandschweizern für ihre Treue oder Anhänglichkeit (1955 und 1960, Petitpierre, 1970, Bundespräsident Tschudi; 1972, Celio; 1973, Bonvin; 1984 Schlumpf),
- den Dienern der Kirche, die den Geist reinhalten (Wahlen 1961),
- den am Sonntag Arbeitenden (Celio 1972),
- den Pflegenden in den Spitälern und Heimen (Bonvin, 1973),
- den älteren Mitbürgern und den Generationen, die im letzten Krieg widerstanden haben (Cotti 1991, 1998) usw.

Die Basis der Dankesberechtigten verbreiterte sich immer mehr. [Die Bundespräsidenten haben diesen demokratischen d.h. an jedermann gerichteten Dank ausgesprochen. Als erster formulierte Bundespräsident Spühler 1963 in einer einzigen Rede so (später auch Ogi, 2000):

„Zum Dank gibt der Neujahrstag auch Anlass, wenn wir an unsere Nächsten in der Familie denken, aber auch an die Mitarbeiter an der eigenen Arbeitsstätte und an das Personal in den privaten und öffentlichen Dienstbetrieben, die uns auf freundliche Art das tägliche Leben erleichtert haben. Wir danken den vielen Unbekannten, die auf selbstverständliche Weise Schwierigkeiten aller Art aus dem Wege räumen und wirkliche *Diener der Gemeinschaft* sind. Es sei nur erinnert an die aufopfernde Leistung des Bahn- und Postpersonals und der Strassenarbeiter bei der Behebung der grossen Verkehrsschwierigkeiten um die Weihnachtstage. Voller Dankbarkeit wollen wir aber auch sein gegenüber den Erziehern unserer Kinder und gegenüber unseren Frauen und Müttern, deren Arbeit im Hause wir oft allzu gering schätzen.“]

Neben der Demokratisierung des Dankes findet auch eine Abstrahierung des Dankes statt. Es ist gar nicht mehr richtig erkennbar, wofür die Bundespräsidenten eigentlich danken. [Die Formulierungen lauten dann: „Angesichts der Mühsale und Schwierigkeiten, die vielfach anderswo bestehen, ist sicher *Dankbarkeit* am Platz.“ (1951, von Steiger, ähnl. 2002 Villiger) Oder: „Dass ich heute zu Ihnen aus dem Zimmer spreche, in dem der Bundesrat seit 1857 seine Sitzungen abhält, soll ein weiteres Zeichen der Dankbarkeit sein.“ (1998, Cotti).] Der Dank wird zurückgenommen, indem nur von der „Dankbarkeit“ die Rede ist

5. Und der Herrgott, Herr Bundespräsident?

„Gott-lose“ Ansprache?

Seit dem letzten Weltkrieg verschwindet Gott zunehmend aus den politischen Reden, vor allem aus den Neujahrsansprachen der Bundesräte. Dieser Auszug Gottes konnte nicht unbeachtet bleiben, zumal der Kalte Krieg und die Gefahr des Kommunismus bis 1989 andauerten. Man konnte in den Neujahrsansprachen von 1935, 1946, 1949, 1950, 1952, 1955, 1956, 1965 usw. das Wort „Gott“ als solches nicht finden. Allerdings finden sich etwa in den Reden von den Bundespräsidenten Minger 1935 und Feldmann 1956 ausgeprägte Bibel- und Kirchenliedzitate, die implizite Gottesnennungen sind.

In der Neujahrsansprache vom 1.1.1957 erwähnte Bundespräsident Streuli (FDP) zwar, dass die ungarischen Flüchtlinge „von ihren Mitmenschen in christlicher Nächstenliebe und Teilnahme nicht vergessen würden“, im Übrigen kam aber „Gott“ als Wort nicht vor. Das war dem Freiburger Professor für Wirtschafts- und Sozialpolitik Willy Büchi (1907–1990), nicht entgangen. Büchi war Präsident des (katholischen) Schweizerischen Studentenvereins. Wenige Tage nach der Neujahrsansprache erschien ein von ihm unterzeichneter Artikel im „Vaterland“: „Und der Herrgott, Herr Bundespräsident?“ Büchi bemängelte, dass dem „landesväterlichen Wort, das am Neujahrstag an uns gerichtet wurde, (...) doch der letzte tragende Grund und jene geistige Tiefe, aus der Kraft zu schöpfen wäre“, mangelte. Büchi drückte seinen Unglauben darüber aus, dass der höchste Magistrat eine Neujahrsbetrachtung anstellen konnte, „ohne darin den Herrgott nur mit einer einzigen Silbe zu erwähnen“. Das sei ausgerechnet in einer Zeit vorgefallen, deren satanische Dämonie auch blinden Zeitgenossen die geistigen Augen geöffnet habe.

[Büchi fragte: „Wo sollen die Menschen die Kräfte holen, (...) wenn nicht in diesen göttlichen Ordnungen?“ Die Menschen seien deshalb „zu sehr nur dem Tag verpflichtet“ (wie Streuli ausführte), „weil wir“ – so fuhr Büchi fort – „den alten, starken Gottesglauben und den Glauben an seine verpflichtenden Gebote (...) verwässert, säkularisiert (...) haben“.] Büchi rügte „im buchstäblichen Sinne des Wortes, (die) gott-lose Ansprache“ Streulis. Dabei bräuchte das Schweizervolk ein „Wort über seinen Herrgott und einen Hinweis auf dessen Machtschutz, dem unsere Landesregierung (...) in ihren Rundschreiben ihren Miteidgenossen zu empfehlen

pflegt.“ Büchi nahm Streuli wörtlich auf, als er schrieb: „’So sei uns der Neujahrstag 1957 Tag der Besinnung, des Dankes und der Hoffnung‘, so sagte der Bundespräsident. Ja, aber Besinnung worauf, des Dankes an wen und der Hoffnung auf wen?“

Büchi hatte einen zentralen Punkt der Neujahrsansprachen seit dem Weltkrieg getroffen. Er hatte den Auszug Gottes aus den Reden erkannt. Die ursprünglich stark zivilreligiösen Ansprachen enthalten nach dem Krieg nur noch schwache Andeutungen. Büchi genügte der bundesrätliche „Wunsch für das Wohlergehen aller Menschen, die guten Willens sind,“ deshalb nicht, weil er als bibelfester Katholik sich der ganzen Bibelstelle, nämlich „der ähnlich lautenden, aber ihrem Sinn nach so grundverschiedenen Weihnachtsbotschaft: Friede den Menschen, die guten Willens sind.“ (Lk 2,14) erinnerte. Das verkürzte Bibelzitat war für Büchi kein Ersatz für den fehlenden Ausdruck „Gott“.

Abschied von Gott und Gottes Machtschutz

Willy Büchi hatte den Bundespräsidenten empfohlen, die uralte Schlussformel von „Gottes Machtschutz“ in ihren Reden zu verwenden. Tatsächlich hatten viele Bundespräsidenten in ihren Neujahrs- und anderen Ansprachen das gemacht, so bei den Neujahrsansprachen der Bundespräsidenten Pilet 1941, Etter 1942, Steiger 1951, Rubattel 1954, Holenstein 1958, Wahlen 1961, v. Moos 1964, Schaffner 1966, Bonvin 1967, v. Moos 1969, Gnägi 1971 und zuletzt Graber 1975. Bundespräsident Schaffner fand zum am 1. Januar 1966, er wüsste „keine schönere Formel“. Die Bundesräte verwendeten auch das trauliche „Euch“ und etwas seltener die zur Empfehlung des Machtschutzes gehörende Anrede „getreue liebe Eidgenossen“ (1966, 1958, 1954). Allerdings: Die Formel von Gottes „Machtschutz“, „Schutz des Allmächtigen“ oder „Gottes Schutz“ verschwand aus den Neujahrsansprachen nach 1975. Aber das trauliche „Euch“/„Ihr“ verblieb noch bis 1989. Das kann im Rückblick als folgerichtiger Vorbote des Kommenden gesehen werden.

Am 7. Juni 1993 beschloss der Bundesrat, die Grundsätze der sprachlichen Gleichbehandlung in allen drei Amtssprachen zu fördern. Als eine Folge dieser Absicht verfassten eine interdepartementale Gruppe und die Bundeskanzlei einen „Leitfaden der sprachlichen Gleichbehandlung im Deutschen“, der vom Bundesrat am 23.8.1995 zur Kenntnis genommen wurde. Der Leitfaden hielt zu den Formeln folgendes fest:

„[In Kreisschreiben an die Kantone verwendet der Bundesrat die altertümliche Formel: *Getreue, liebe Eidgenossen* (Anrede) und *...um euch, getreue, liebe Eidgenossen, samt uns in Gottes Machtschutz zu empfehlen* (Schlussformel).] Der traditionelle Ton kann aufrechterhalten werden, wenn die geschlechtsspezifische Form *Eidgenossen* durch den Ausdruck *Landsleute* ersetzt wird, der Frauen und Männer gleichermaßen bezeichnet. Eine weitere Möglichkeit besteht in der Verwendung der Vollform *Eidgenossinnen und Eidgenossen*.“

Die Bundeskanzlei wandte den Leitfaden zuerst im Kreisschreiben vom 26. Oktober 1995 über die Gesamterneuerungswahl des Nationalrates an. Wegen Problemen beim Vollzug des Bundesgesetzes über politische Rechte im Kanton Tessin erliess der Bundesrat 1996 ein erneutes Kreisschreiben, bei dem jedoch die weibliche Form fehlte. Offenbar hatte man die geschlechtsneutrale Formulierung als unpassend empfunden und kehrte zur alten Form zurück. Das konnte nicht unbemerkt bleiben.

Bundesrätin Dreifuss war gegen eine Rückkehr zur alten Formel und wünschte zunächst ohne Erfolg sprachliche Geschlechtsneutralität. Der bundesrätliche Zwist war in das Parlament geraten, und Nationalrätin Hubmann stellte am 18. Dezember 1997 eine einfache Anfrage betreffend die Grussformel. In der Antwort vom 27. Mai 1998 erklärte sich der Bundesrat bereit, zu prüfen, ob eine andere – ebenso feierliche – Formel in allen vier Landessprachen gefunden werden könne oder ob es nötig erscheine, die Verwendung der heutigen Formel noch mehr

einzu­schränken. Die alte Formel wurde also nicht aufgehoben, aber die seitherige Entwicklung läuft darauf hinaus. Zum letzten Mal hatte der Bundesrat die alten Formeln in einem Kreisschreiben vom 23. Juni 1998 verwendet. Das nächste Kreisschreiben vom 29. November 1998 ersetzte die Anrede durch „Sehr geehrte Damen und Herren“ und Gottes Machtschutz durch „freundliche Grüsse“. Die Höflichkeitsform mit „Euch“ und „Euer“ wurde belassen. Ab dem Jahr 2003 wurde auch dieses Überbleibsel gestrichen und durch das geschäftsbriefmässige „Sie“ ersetzt. Damit wurde auch dieser Traditionsanschluss beseitigt. Was sich in den Neujahrsansprachen ankündigte, wurde auch in der förmlichen Titulatur umgesetzt. Interessanterweise hatte die Öffentlichkeit ausserhalb des Parlamentes und der Verwaltung dieses Vorgehen nicht kommentiert, ja es scheint gar nicht bemerkt worden zu sein. Ein zweiter Willy Büchi meldete sich nicht mehr. Er wäre wohl gesellschaftlich und politisch abseits ge­standen – ein Frauenfeind. Die Zeit von Gottes Machtschutz war nach jahrhundertaltem Gebrauch abgelaufen.

[Gottes Machtschutz ist verschwunden. Sie können sich vorstellen, dass das Sakrifizium es unter diesen Voraussetzungen schwer hat. Tatsächlich haben die Bundesräte in Reden und Feierlichkeiten zu den Unglücken der letzten 25 Jahre sich dazu nicht mehr geäussert. Der Tod von Menschen, die anlässlich eines Unglücks sterben, ist nicht ein Opfer für die Gemein­schaft, sondern es ist Anlass für die Bundesräte, das Mitgefühl auszusprechen.

Bundesrat Ogi zitierte in seiner Rede an der Wahlfeier für seine Bundespräsidentenschaft am 10. Dezember 1992 im Berner Münster unter anderem Adrian Bubenber­g: „Mein Leib und Gut ist Euer eigen bis in den Tod, mit der Hilfe des milden Jesus, der uns allen will helfen zu einem guten, seligen End“. Heute verlange der Staat kaum mehr die Aufopferung des Vermögens oder noch weniger des Lebens. Aber die politische Gemeinschaft fordere für die Wahlen, die Ämter und die Steuern die Hingabe und das staatsbürgerliche Pflichtgefühl des einzelnen. Bundesrat Ogi zeichnet die Entwicklung der kommenden Jahre vor: Trotz schwerer Unglücke erscheint die Interpretation des Todes als Sakrifizium als entbehrlich.

Die Art der Unglücke (z.T. in Form von Terroranschlägen), aber auch der bibelferne Zeitgeist machen es nötig, dass die politischen Redner vom Sakrifizium Abstand nehmen oder es gar verabschieden, wie das Bundesrat Leuenberger 2005 in einer Rede über Katastrophen getan hat: Statt den Göttern Opfer zu erbringen würden die Menschen heute für Prävention sorgen. Das ist, nüchtern gesagt, durchaus der Trend.]

6. Zivilreligion in den Reden der Bundesräte – Ausblick

Gesellschaft ohne Gott?

Es kann nicht erstaunen: Gott zieht sich in den Neujahrs- und allen andern Ansprachen zurück. Die bundesrätlichen Reden der letzten Jahre handeln immer weniger von Gott; die Empfehlung von Gottes Machtschutz wurde aufgegeben. Gott wird noch scheu und flüchtig angedeutet. Gott ist dem Schweigen nahe, aber dieses Schweigen lässt sich nicht eindeutig interpretieren. Der Auszug Gottes ist nur eine Seite der Entwicklung, umgekehrt ist in der Gesellschaft das Thema des Übersinnlichen und Transzendenten durchaus anwesend.

Geht es den Menschen und den Bundesräten, die repräsentativ für die Menschen reden, zu gut?

Hat die materielle Begehrlichkeit die geistige Sehnsucht und die Hoffnung der Religion verdrängt?

Je nach persönlichem Standpunkt mag man das sagen. Die Tatsache, dass sich der christliche Gott der protestantischen und katholischen Schweizer Bevölkerung verflüchtigt, ist hingegen unübersehbar.

Zivilreligiös schlechtes Gewissen macht sich bemerkbar

Gott ist aus den Reden ausgezogen, nachdem er während Jahrzehnten und vor allem in den Zeiten des Umbruchs und der Krisen in den Reden einen prominenten Platz eingenommen hatte. Das war vermutlich nicht nur Willy Büchi aufgefallen. Was sagt das zivilreligiöse Gewissen dazu? – Dieses musste sich zu Wort melden, denn es ist in den letzten Jahrzehnten unübersehbar geworden, dass Individualismus, Egoismus und Eigennutz auf dem Vormarsch sind.

Als Folge dieser Entwicklung ist die gewöhnliche Gesetzgebung immer mehr mit ethischen Begriffen angereichert worden. In den neuen Gesetzen haben die Ausdrücke Menschenwürde und Würde der Tiere einen Siegeszug angetreten. Das ist eine Antwort auf den zurückgehenden Einfluss der Kirchen. Auch haben die Bundesräte in ihren Reden zum Teil darauf aufmerksam gemacht, dass die Ökonomisierung aller Lebensbereiche „zu kultureller und sozialer Verarmung“ führe (Bundesrat Leuenberger, 1998 am offiziellen Tag der Mustermesse).

Am 16. September 2001 sprach Bundespräsident Leuenberger an einer Feier in der Abbatiale von Payerne zum Betttag. Er versuchte den eidgenössischen Betttag auch für die Nichtgläubigen nahe zu bringen zu machen:

„Auch wer nicht gläubig ist und eine gerechte Welt mit den Parolen der Französischen Revolution (...) erreichen will, indem er sich auf die menschliche Vernunft verlässt, ist sich am heutigen Tag seiner Verpflichtung, aber auch seiner Grenzen bewusst“.

Und schliesslich soll das „nicht nur am Betttag“ geschehen. Die Abkehr vieler Menschen von den traditionellen Kirchen macht es nötig, die Nichtgläubigen an eine andere „Zivilreligion“ heranzuführen, nämlich an jene der Aufklärung. Das ist allerdings keine wirkliche Zivilreligion mehr, da sie nicht mehr vom Jenseitsglauben gespiesen wird. Die Politiker realisieren den Verlust und äussern sich entsprechend. – Auf die Wiedergabe vieler weiterer Beispiele verzichte ich und erlaube mir nur noch einen Hinweis. In den bundesrätlichen Reden der letzten Jahre ist die „Ethik“ in Erscheinung getreten; deutlicher könnte sich der Verlust nicht bemerkbar machen. Und man kann sich fragen, ob die Ethik die verlorene sittliche Bindung zurückgewinnen kann.

Zivilreligion in der multireligiösen Gesellschaft

Der christliche Gott des Alten und Neuen Testaments hat durch die internationale Verflechtung ebenfalls eine Relativierung erfahren. Die Einwohner der Schweiz reisen zu Ferien- und Geschäftszwecken in alle Länder und kommen in Kontakt mit andern Religionen und Glaubenssystemen. Ferner bringen die Einwanderer, die von vielen Bundespräsidenten in den Reden ausdrücklich begrüsst werden, mitunter einen andern Gott mit. Die religiöse Landschaft ist in den letzten vierzig Jahren völlig umgebrochen worden, was auf die Zivilreligion zurückwirkt.

Tocqueville hatte die gelebte Religion mit einem Jenseitsglauben als eine notwendige Voraussetzung für ein demokratisches Staatswesen angesehen. Kein demokratischer und liberaler Staat kann das erzwingen, was die Religionsgemeinschaften ohne Zwang, allein aufgrund von Gottesglauben, bis anhin erzeugen konnten: Sie zügeln den Eigennutz, binden die materiellen Interessen zurück und bilden die Sitten der Menschen. Die Kirchen kommen der Unwissen

heit zuvor, sie vermitteln nicht nur gewöhnliche Bildung, sondern beantworten die Lebensfrage, warum die Menschen leben und wie sie leben sollen.

In den gegenwärtigen westlichen Gesellschaften ist die Religion einem Wandel unterworfen, der mit Individualisierung bezeichnet werden kann. Dabei werden die Menschen nicht etwa gott-los, vielmehr glauben sie an andere Inhalte als den traditionellen christlichen Glauben. So hat beispielsweise die Lehre der Reinkarnation (Lehre der Wiedergeburt in einem andern Lebewesen) heute eine grosse Anhängerschaft. 1999 glaubten 33% der Einwohner der Schweiz daran. Dabei zeigt es sich, dass die früher gesamtgesellschaftlich anerkannten Traditionen und Werte sich in unterschiedliche, gemischte Individualhaltungen auflösen. Die neureligiösen Bewegungen offerieren den einzelnen eine „Patchwork-Religion“. Es ist charakteristisch, dass 1999 der Anteil der bekennenden Atheisten 12% betrug, wogegen die Aussage, es gebe eine höhere Macht, nämlich den ewigen Kreislauf zwischen Mensch, Natur und Kosmos, von 63 % der Befragten anerkannt wird.

Müsste nicht etwa die Zivilreligion gerade in den politischen Reden darauf Rücksicht nehmen? Für Tocqueville war die Antwort darauf klar: Wenn eine Demokratie zwischen dem Materialismus und der Reinkarnationslehre zu wählen hätte,

„so zögerte ich nicht und wäre der Meinung, dass die Bürger weniger Gefahr laufen zu verrotten, wenn sie denken, ihre Seele werde in ein Schwein eingehen, als wenn sie glauben, sie sei nicht vorhanden“.

Glaubt eine Bevölkerung durchgehend an die Wiedergeburtstheorie, so wird ein zivilreligiös sorgfältig arbeitender Politiker in seiner Neujahrsansprache darauf eingehen. Für die Gegenwart fragt es sich, ob die Basis für diesen Glauben genügend stark ist, damit zivilreligiös damit gerechnet werden kann. Der „Patchwork-Charakter“ der neureligiösen Auffassungen bietet wohl keine genügende Basis dafür. Die Individualisierung der religiösen Auffassungen macht es heute den politischen Rednern schwer, zivilreligiöse Arbeit zu leisten. Der Bundespräsident würde vermutlich einen weit heftigeren Protest ernten als dies Bundespräsident Streuli 1957 tat, wenn er in seiner Neujahrsansprache sagte:

„Ich wünsche Euch von Herzen auch in diesem Jahr die Verbesserung Eures Karmas, damit ihr endgültig im Moment des Todes in das all-eine Nirwana eingehen könnt. Und ist euer Karma schlecht, so werdet ihr als Schweine wiedergeboren und ihr habt eine neue Chance.“

Diese Interpolation ist zugegebenermassen überspitzt. Aber die Situation ist ausgesprochen offen. Kehren die Menschen zum traditionellen Glauben an den Gott der Bibel zurück, wie ihn die Kirchen lehren, verstärkt sich die Patchwork-Religion oder nehmen andere Religionen Überhand?

Die in den Reden praktizierte Zivilreligion wird sich an die veränderten religiösen Strömungen der Bevölkerung anpassen. Ansätze dazu sind bereits erkennbar, indem in den Reden auch neureligiöse oder areligiöse Gruppen angesprochen werden. Das ist folgerichtig, denn neue und andere religiöse Glaubensinhalte wirken auf die Zivilreligion zurück. Wirkliche Religion und Zivilreligion gehen Hand in Hand.

Was bleibt?

Bis in die Gegenwart haben die Bundesräte sich auf Gott berufen. Die Nennung Gottes und die Verwendung von Bibeltexten rücken die Redner und ihre Anliegen in ein metaphysisches Licht. Damit gewinnen die Autorität des Amtes, der Anlass und die Überzeugungskraft des Anliegens. In den letzten Jahren wurden in den Reden immer mehr Gottessurrogate verwendet. Sie haben als Worte von hoher Autorität den gleichen Effekt, nehmen Rücksicht auf die religiöse Individualisierung und gelten als allgemein überzeugend. So ist auf den wichtigen Ersatz-Begriff „Schöpfung“ hinzuweisen, der nicht mehr für alle als ein biblischer Begriff

(Gen. 1,1–3; 2,1.3) erkennbar ist. Heute leben nicht wenige Menschen in einer „Schöpfung“ ohne Schöpfer.

Diese wichtigen ehemals religiösen oder andern Begriffe wie eben Schöpfung, Frieden, oder einst Opfer, spielen als sakrale Begriffe des politisch Heiligen noch immer eine Rolle. Sie sind sozusagen die Nachfahren der einstigen Zivilreligion und vermögen, richtig eingesetzt, eine beträchtliche Überzeugungskraft für die mit ihnen verbundenen Anliegen zu entwickeln. In den parlamentarischen politischen Reden hat etwa der instrumentelle Einsatz dieser Begriffe und Werte eine grosse Bedeutung. Einzelinteressen werden häufig unter Anrufung höchster Werte proklamiert und dadurch mit einem Widerspruchsverbot ausgestattet. Hier entsteht eine neue Form von Zivilreligion, die sozusagen ohne Gott auskommt, aber Aufgaben der Zivilreligion übernimmt. Im Unterschied zur Zivilreligion fehlt diesem Ansatz die umfassende Wirkung. Er ist eher ein rhetorisches Vehikel für Einzelanliegen, währenddem die auf gelebte Religion abgestützte Zivilreligion das politische Gemeinschaftsleben unterstützt.

Die Zukunft der Religion lässt sich nicht vorhersagen, und dementsprechend auch nicht jene der Zivilreligion. Der Blick auf die politischen Reden zeigt grundlegende Veränderungen auf. Was kommen wird, ist offen. Tocqueville fragte: „Und was soll man tun mit einem Volk, das als Herr seiner selbst nicht Gott untertan ist?“ Gott ist gegenwärtig in den Reden nicht mehr stark präsent, aber Gottes Pläne kennt niemand.

Hinweis: Die in eckigen Klammern [] umschlossenen Textteile wurden am Vortrag ausgelassen.

Literatur:

Das Problem der Sakralisierung wird behandelt in: Sakralisierung von Staatsrecht und Politik, in: Mélanges Pierre Moor, Berne: Stämpfli Verlag 2005, S. 95-114. (der Text kann auf meiner Homepage heruntergeladen werden: <http://www.rwi.unizh.ch/kley/home.htm> („Publikationen“ anklicken).

Interviews: Am 1.1.2007 in der Sendung Perspektiven des Radios DRS II um 09.00 Uhr und 18.30 Uhr (mit Constanze Straub). Diese Sendung kann als Podcast heruntergeladen werden: http://pod.drs.ch/perspektiven_mpx.xml

Kontakt: Prof. Dr. Andreas Kley, Rechtswissenschaftliches Institut, Rämistr. 74/34, 8001 Zürich, Tel. 044 634 50 20 oder Privat: Hubelmattstr. 58, 3007 Bern, Tel. 031 371 20 63; eMail: andreas.kley@bluewin.ch

Dokumentation

(1) Neujahrsansprache von Bundespräsident H. Streuli am 1. Januar 1957

Liebe Schweizerinnen und Schweizer!

Vor wenigen Stunden, um Mitternacht, haben alle Glocken unseres Vaterlandes das vergangene Jahr aus- und das kommende eingeläutet. Dazwischen aber lag jene eindrucksvolle, den Menschen auf sein Inneres verweisende Stille, die dem Denken, dem Gedenken, freien Raum lässt. In dieser Stille der Besinnung ist es dem Menschen gegeben, die Geschehnisse eines ganzen Jahres rückblickend zu schauen.

Wir gedenken bei solchem Halt der *Mitmenschen*, die in unserm Land und auch ausserhalb seiner Grenzen unsere Zeitgenossen sind. In unserm Geiste und in unserm Herzen erstehen aber auch die Angehörigen und Freunde, die uns verlassen haben. Unser Mitgefühl gilt allen, denen in Leben in Mühsal beschieden ist, die in Not oder gar krank sind; wir möchten ihnen Hoffnung schenken können und sie versichern dürfen, dass sie von ihren Mitmenschen in christlicher Nächstenliebe und Teilnahme nicht vergessen werden.

Unser Wünschen gilt aber auch der unbeschwerten *Jugend*: Sie möge unbelastet, hoffnungsvoll und frohgemut ins Leben hinaustreten, das mit dem Geschenk unübersehbarer Möglichkeiten als Zukunft vor ihr liegt.

Allen Miteidgenossen, Frauen und Männern, entbieten wir an diesem Wendepunkt des Kalenders die herzlichsten *Glückwünsche* für das kommende Jahr.

In der Stille zwischen Aus- und Einklang erwacht uns unwiderstehlich die frische Erinnerung an jenes andere Geläute, das vor wenigen Wochen die Herzen auf drei ergreifende Minuten des Schweigens vorbereitete: *drei Minuten des Schweigens* in Trauer über schreckliches Leid, drei Minuten der Fürbitte für ein tapferes Volk, das sich aus der Unfreiheit, in die es geraten war, hatte befreien wollen. Sie sind ergriffen von grossartigem, beispielhaftem Opfermut, zugleich aber auch erschüttert von der Brutalität, mit welcher der aufwühlende Schrei nach Freiheit im Blute erstickt und mit der Verschickung in unbekannte Fernen erwidert wurde. Wir grüssen an diesem Jahresende dieses Unsägliches leidende *ungarische Volk* und seine tapfere Jugend. Den bei uns weilenden *ungarischen Flüchtlingen* aber entbieten wir herzlichen Gruss; mögen sie Sympathie und die Liebe, mit der sie umgeben wollen, ihnen die Sehnsucht nach ihrer Heimat weniger schwer werden lassen.

Was aber ist dieser Übergang von einem Jahr zum andern? Es ist nur ein künstlicher Einschnitt. Um die unendliche Zeit messen und die Ereignisse in ihr ordnen zu können, teilt der Mensch den ununterbrochenen Ablauf des Geschehens in Wochen und Monate, in Jahre und Jahrhunderte. Die Zeiteinteilung liegt wie ein Massstab über den Fakten der Geschichte.

So kann der Übergang vom alten Jahr zum neuen im grossen Geschehen weder einen Abschluss noch einen Anfang bedeuten. Wenn wir die Dinge richtig sehen wollen, so dürfen wir mit unserm Überblick nicht beim letzten Jahreswechsel stehen bleiben. Um abschätzen, ermessen zu können, wo wir heute stehen, müssen wir die unmittelbare Gegenwart in einen viel *grösseren Zusammenhang* hineinstellen. Die grossen Linien der wesentlichen Entwicklungen lassen sich nicht in Jahre, nicht einmal in Jahrzehnte einordnen.

Seit der Zeit des Ersten Weltkrieges lebt die Menschheit in dauernder Spannung, in fortgesetzter Unruhe. Sie spricht vom Frieden und hofft auf ihn; doch muss sie immer wieder schmerzliche Rückschläge auf sich nehmen; was so lange krank war, kann nicht in kurzer Zeit

genesen. Wir sind mit unserm Denken, Wollen und Wünschen zu sehr nur dem Tage verpflichtet, vielleicht weil wir, im Gegensatz zu unsern bäuerlichen Vorfahren, die um das langsame Werden wussten, zu sehr der Natur entfremdet sind. Wir verfallen allzu leicht den Stimmungen des Tages.

So waren wir eben noch beeindruckt von der Politik des Händeschüttelns und des Lächelns und hegten trügerische Hoffnungen für eine nahe Zukunft. Heute sind wir schmerzlich berührt und erschreckt von brutaler Gewaltanwendung, die wir überwunden wähten. Wir sollten uns den Einflüssen des Tages gegenüber stärker wappnen und *in weiteren Zeiträumen* denken, Frauen und Männer aller Völker ersehnen den *Frieden*, und alle hoffen, dass einmal Friede auf Erden werde. Doch diese Hoffnungen werden noch sehr lange nicht in Erfüllung gehen; an Rückschlägen wird es auch künftig nicht fehlen. Die Besinnung auf das langfristige Geschehen entbindet aber nicht von der Pflicht, nach diesem grossen Spiel zu streben. In Gesinnung und Handeln trachte ein jeder danach, innerhalb seines Lebenskreises dem Frieden zwischen den Menschen zu dienen, und unsere Volksgemeinschaft, die Schweizerische Eidgenossenschaft, möge es als Ganzes in der Völkergemeinschaft tun, soweit ihre bescheidenen Kräfte reichen.

Auf dem noch langen Weg zum Frieden unter den Völkern ist es unser aller Pflicht, *wachsam zu bleiben*; denn neben dem Ziel des Friedens dürfen wir das köstlichste Gut des Menschen, die Freiheit, nie vergessen: *Ein Friede ohne Freiheit wäre ein Raum ohne Luft!* Für die Freiheit darf uns kein Opfer zu gross sein! Mögen die Schweizer daran nicht nur an diesem Tage und in Perioden sichtbar werdender Gefahr, sondern zu allen Zeiten denken, bis dereinst die Menschen die Erfüllung ihrer Wünsche erleben dürfen!

Schweizerinnen und Schweizer! Wenn wir danach trachten, zu verstehen statt zu verurteilen, zu vergeben, statt nachzutragen, zu geben statt zu nehmen, zu vertrauen statt zu zweifeln, dann wird das neue Jahr für uns segensreich sein, und wir beginnen es mit einem glücklichen Gefühl, das uns innere Ruhe gibt.

So sei und der Neujahrstag 1957 Tag der Besinnung, des Dankes und der Hoffnung; er sei uns aber auch Tag der Wünsche für das Wohlergehen aller Menschen, die guten Willens sind.

Quelle: NZZ 2.1.1957, Morgen/Mittag, S. 3.

(2) Willy Büchi, *Und der Herrgott, Herr Bundespräsident?* (Zeitungsartikel vom 5.1.1957)

Unser neugewählter Bundespräsident, Herr Dr. h. c. Streuli, hat, wie es sinnvoller Brauch ist, sein hohes Amt mit einer Neujahrsansprache an das Schweizervolk angetreten.

Wir haben am Neujahrstag- Mittag, entgegen unserer Gewohnheit, das Radio nochmals angedreht, um zu hören, was der Chef unserer Landesregierung als oberster Landesvater seinen Miteidgenossen als geistige Wegzehrung *auf* den Weg in die nächste ungewisse Zukunft mitzugeben habe. Seine Stimme klang klar und bestimmt und verriet den hohen Offizier und erfahrenen Regierungsmann. Als er von den drei Schweigeminuten für Ungarn sprach, dem «großartigen, beispielhaften Opfermut» dieses leidenden Volkes unsere Anerkennung und unser Mitgefühl ausdrückte und die ungarischen Flüchtlinge unserer Sympathie und Liebe versicherte, da klang es warm durch die Worte. Dann wurde es wieder kühl und sachlich. Nun, dem Verwalter der eidgenössischen Finanzen wird niemand seine kühle Sachlichkeit zum Vorwurf machen. Staatsrechnung - und Bundesfinanzreform wollen einen kühlen Kopf, nicht ein warmes Herz, nicht Gefühl, sondern Verstand. Aber dem landesväterlichen Wort,

das am Neujahrstag an uns gerichtet wurde, mangelte doch der letzte tragende Grund und jene geistige Tiefe, aus der Kraft zu schöpfen wäre. Wir lasen die Ansprache heute nochmals in den Neujahrszeitungen, langsam, Wort für Wort, um uns zu vergewissern, *ob* es wirklich möglich sei, daß der höchste amtierende Magistrat der schweizerischen Eidgenossenschaft, an der Wende vom schicksalsschweren Jahr 1956 zu dem vielleicht noch schicksalsschwereren Jahr 1957, vor dem - Ohr des Schweizervolkes eine Neujahrsbetrachtung anstellen könne, ohne darin den Herrgott nur mit einer einzigen Silbe zu erwähnen und ohne auch nur einen einzigen und ausgesprochen christlichen Gedanken anzudeuten. Einmal, aber auch nur dieses einzige Mal, kommt überhaupt der Ausdruck «christlich» darin vor, als unser Bundespräsident die ungarischen Flüchtlinge versicherte, daß «sie von ihren Mitmenschen in christlicher Nächstenliebe und Teilnahme nicht vergessen würden». Daneben aber kein Hinweis darauf, daß wir ein christliches Volk sind, dessen Verfassung immerhin in *nomine domini* beginnt, kein Wort von jenem höchsten und stärksten Eidgenossen, *auf* den auch Herr Streuli seinen Amtseid als Bundesrat abgelegt hat! Und das in einer Zeit und unter dem frischen Eindruck von weltgeschichtlichen Geschehnissen, deren satanische Dämonie auch blinden Zeitgenossen die geistigen Augen geöffnet und Verstockten die Türen des Herzens aufgesprengt hat. Was haben die Ungaren, was hat Europa, und was haben wir Schweizer dieser Dämonie letztendlich entgegenzustellen? Wie viel und wie wenig internationale Pakte und Sicherheitssysteme wert sind, was alliierte Flugzeuge und Panzer vermögen, wenn keine innere und äußere Bereitschaft da ist, das haben wir mit einer beschämenden Ernüchterung erfahren müssen. Woher wird jenen, welche für Freiheit und Menschenwürde gegen den Unterdrücker *aufgestanden* sind, Gerechtigkeit zuteil werden, wenn nicht von einem ewigen Richter? Woher wird den Ohnmächtigen die Macht des Vertrauens und des Widerstandes, wenn nicht von einem starken Gott?

Darüber haben Sie einem Volk, das in den ersten Novembertagen des verabschiedeten Jahres in überfüllten Kirchen beider Konfessionen dafür gezeugt hat, daß es „an diesen Gott glaubt und auf ihn vertraut, nichts, kein Ort zu sagen, Herr Bundespräsident?

Wir haben dem Bundespräsidenten nicht vorzuschreiben, was er in seiner Neujahrsansprache zu sagen und was er nicht zu sagen hat. Aber wir haben das Recht und, in diesem Fall glauben wir, auch die Pflicht, ihm zu sagen, was wir als Miteidgenossen, als was wir in solchen Ansprachen angesprochen werden wollen, bei seinen Worten empfanden. Wir sagen Ihnen offen, Herr Bundespräsident, wir waren enttäuscht und betrübt. Enttäuscht so wie Kinder enttäuscht wären, wenn sie mit leeren Händen vor einem lichterlosen Christbaum stehen müßten, und betrübt, so wie Kinder betrübt. wären, wenn ihnen der Vater bei einer schweren Entscheidungsstunde ihres jungen Lebens nicht das stärkende Wort geben würde, das sie von ihm erwarten.

«Frieden ohne Freiheit - Raum ohne Luft» hat der Bundespräsident seine Neujahrsansprache überschrieben. Er hat von der Sehnsucht der Völker nach Frieden und von ihren immer wieder enttäuschten Hoffnungen gesprochen. Er betonte die Pflicht der Einzelnen und der ganzen Volksgemeinschaft, der Sache des Friedens zu dienen. Er mahnte, neben dem Ziel des Friedens das köstlichste Gut des Menschen, die Freiheit, nie zu vergessen, denn: ein Frieden ohne Freiheit wäre wie Raum ohne Luft». Wir alle würdigen diese Worte und hoffen, daß sie, in eine friedenslose, zerrissene Welt gesprochen, trotz der Abwertung der sittlichen. und politischen Werte, inner- und außerhalb der Schweiz Gehör finden mögen.

Frieden, Freiheit, Menschenwürde: worauf beruhen diese Werte letztendlich, wenn nicht in einem ewigen, in der Natur des Menschen verankerten Gesetz, das von einem höchsten Gesetzgeber, dem Schöpfer alles Endlichen und Vergänglichen, von Gott, gegeben worden ist? Ja, Frieden ohne Freiheit wäre ein Raum ohne Luft, ein geistiges und seelisches Verließ, in dem der Mensch und das Menschentum erstickt. Aber: Freiheit ohne Ordnung, und zwar ohne

ewige, gottgesetzte Ordnung, ist das Chaos, jene Dämonie, die hinter und vor dem Eisernen Vorhang die Menschen erwürgt.

Wo sollen die Menschen die Kräfte holen, um sich gegen die Einflüsse und Stimmungen des Tages stärker zu wappnen, wie es der Bundespräsident fordert, wenn nicht in diesen göttlichen Ordnungen? Ein leerer, formaler Humanismus und eine aufklärerische Freiheitsideologie nach dem verblaßten Schema des 18. und 19. Jahrhunderts reichen hier nicht mehr aus. Darüber haben wir doch in den letzten zwei Monaten wiederum sehr eindrücklichen weltgeschichtlichen Anschauungsunterricht erhalten. Nicht bloß deshalb «sind wir mit unserem Denken, Wollen und Wünschen zu sehr nur dem Tag verpflichtet», wie Herr Bundespräsident Streuli feststellte, «weil wir der Natur entfremdet sind». Sondern deshalb, weil wir den alten, starken Gottesglauben und den Glauben an seine verpflichtenden Gebote, der ebenso zum Erbe unseres Volkes gehört, wie sein bäuerliches Herkommen, verwässert, säkularisiert, seines den Einzelnen, die Gemeinschaften und den Staat bindenden Sinnes entleert haben. So weit entleert haben, daß in der Neujahrsansprache unseres Bundespräsidenten davon einfach und total geschwiegen wird!

Die Ansprache unseres Bundespräsidenten war, im buchstäblichen Sinne des Wortes, eine gott-lose Ansprache. Es gibt eben nicht nur eine militante Gottlosigkeit, die Gottlosigkeit der Christenverfolgung und des Kirchensturms. Es gibt auch eine tolerante Gottlosigkeit, jene des Uebergehens, des Nichtbekennens, des Schweigens und des Verschweigens.

Das Schweizervolk als christliches Volk aber braucht am ersten Tag des Jahres 1957 ein Wort über seinen Herrgott und einen Hinweis auf dessen Machtschutz, dem unsere Landesregierung, welcher Herr Bundesrat Streuli angehört, in ihren Rundschreiben ihre Mit eidgenossen zu empfehlen pflegt. Und es braucht das nicht nur für den ersten Tag, sondern für alle Tage des Jahres und auch für die «weiteren Zeiträume», in denen zu denken uns der Bundespräsident empfiehlt.

So sei uns der Neujahrstag 1957 «Tag der Besinnung, des Dankes und der Hoffnung»: so sagte der Bundespräsident. Ja, aber der Besinnung worauf, des Dankes an wen und der Hoffnung auf wen? Auf diese Fragen, Herr Bundespräsident, hätten wir gerne Ihre landesväterliche Antwort vernommen. Und als Sie zum Abschluß sagten, daß der Neujahrstag auch «Tag der Wünsche für das Wohlergehen aller Menschen, die guten Willens sind», sein möge, da erinnerten wir uns der ähnlich lautenden, aber ihrem Sinn nach so grundverschiedenen Weihnachtbotschaft: *Friede* den Menschen, die guten Willens sind.

Vielleicht haben viele in der Welt, und auch bei uns, den wahren Frieden und die innere Freiheit deshalb verloren, weil sie Frieden und Freiheit mit Wohlergehen verwechseln! Frieden aber ist allweg in Gott, sagte unser Landesvater Bruder Klaus.

Quelle: Vaterland 5.1.1957 Nr. 4, 3. Bl., S. 5.

Hinweis: Willy Büchi (1907-1990) war seit 1953 Ordinarius für Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Universität Freiburg i.Ue. und aktives Mitglied und Präsident des Schweizerischen Studentenvereins (StV).

(3) Stellungnahme des Evangelischen Pressedienstes zum Artikel von Willy Büchi

„Wenn auch den Ausführungen von Professor Büchi ein gewisser Ernst nicht abgesprochen werden kann, so ist doch zu bedenken, dass ein Staatsmann seine Aufgabe nicht in erster Linie darin sehen muss, religiöse Betrachtungen zu halten, auch nicht am Neujahrstag. Solche religiöse Betrachtungen schliessen allzu leicht die Gefahr in sich, die eigenen Ansichten und

Entscheidungen christlich zu untermauern. Eine Staatsführung nach dem Evangelium verlangt unendlich viel mehr, als nur die Erwähnung des Namens Gottes. Es gibt in solchen Reden oft Wendungen, die allzu leicht nur leere Formel sind. Wesentlich aber ist vor allem, dass auch in der Politik die Massstäbe christlichen Glaubens und Lebens zur Anwendung gebracht werden. Es wird vor allem darum gehen, sich im öffentlichen Leben als tätige Christen zu erweisen, die im Gehorsam gegenüber den Geboten Gottes handeln. Jesus hat das Wort gesagt: Es werden nicht alle, die zu mir Herr; Herr sagen ins Himmelreich kommen, sondern die den Willen des Vaters im Himmel tun. Herr, Herr, sagen verpflichtet nicht so sehr, wie der tägliche Wandel im Gehorsam. Selbstverständlich freuen wir uns, wenn Staatsmänner auch ein Bekenntnis zu Christus wagen, aber ihre Christlichkeit nur daran messen zu wollen, wäre falsch."

Quelle: Kirchenbote der Evangelischen Landeskirche des Kantons St. Gallen vom 15. Februar 1957, 6. Jahrgang Nr. 2, S. 7.